

Bericht über die Entwicklung in Polen

Oktober 1957

Seite:

A. Innere Entwicklung

I. Politische Ereignisse

- | | |
|--|----|
| 1) GOMULKA steuert einen scharfen Kurs | 1 |
| 2) GOMULKA auf dem letzten Plenum des ZK | 4 |
| 3) Beschluß des X. Plenums des ZK über die
"Überprüfung der Parteimitglieder" | 13 |
| 4) Zusammensetzung der Partei | 13 |
| 5) Wie sich die Schließung von
"Po Prostu" vollzog | 14 |
| 6) "Umtausch" der Mitgliedskarten beim
Sozialistischen Jugendverband | 15 |
| 7) Verschärfung auch gegenüber den Emigranten | 15 |
| 8) Neuer sowjetischer Botschafter in Warschau | 15 |

II. Wirtschaft

- | | |
|--|----|
| 1) Wirtschaftslage Polens 1957 | 16 |
| 2) Neue Organisation der Industrieverwaltung | 20 |
| 3) Wirtschaftliche Besserung in den Westgebieten | 20 |
| 4) Ausgleichssteuer | 21 |

III. Kulturelle und soziale Probleme

- | | |
|--|----|
| 1) Grenzen der Freiheit für Wissenschaft und Kultur | 22 |
| 2) Wie die Fluktuation der Reallöhne
in Polen verlief | 23 |

B. Polen und Ausland

- | | |
|--|----|
| 1) GOMULKA-Regime und Deutschland | 25 |
| a) Abkühlung gegenüber der Bundesrepublik | 25 |
| b) ... und Verbesserung mit Pankow | 27 |
| 2) Enge wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der CSR | 28 |

A. Innere Entwicklung

I. Politische Ereignisse

1) GOMULKA steuert einen scharfen Kurs

Vor einem Jahr genoß der eben an die Macht zurückgekehrte GOMULKA grosse Sympathien des Volkes. Als er auf dem grossen Platz vor dem "Palast der Kultur und Wissenschaft" zur Bevölkerung der polnischen Hauptstadt sprach, rief man ihm - in einer typisch polnischen, etwas überschwenglichen Manier - entgegen: "Laß Dich umarmen". Als er kurz darauf nach Moskau fuhr, um mit den Vertretern der Sowjetmacht zu verhandeln, sch ebte man in Polen in tausend Angsten. Seine Rückkehr aus der sowjetischen Hauptstadt verwandelte sich in einen Freudentaumel der Bevölkerung. Als er im Januar ds. Js. - kurz vor den Parlamentswahlen - der Bevölkerung empfahl, keine Streichungen auf dem Wahlzettel vorzunehmen, was mit der Wahl der allgemein verhassten kommunistischen Funktionäre gleichbedeutend war, folgten die meisten seinem Aufruf. Doch im Laufe der folgenden Monate merkte man, dass sich nicht alle Erwartungen auf eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage erfüllten. So wuchs die Unzufriedenheit im Lande. Die Werktätigen streikten, es kam zu Demonstrationen in der Textilstadt Lodz, bei denen man Militär einsetzen musste, um die Ruhe wiederherzustellen. Aber auch damals richtete sich die allgemeine Enttäuschung nicht gegen den Parteichef, dem man gerne guten Willen zubilligte, sondern gegen den Apparat der Partei, der Gewerkschaften, gegen die Verwaltungsorgane, die im grossen und ganzen alle Erschütterungen des polnischen Oktobers im Vorjahre überdauert hatten, und von denen man nur die am meisten exponierten Stalinisten beseitigt hatte, während die mittleren und untergeordneten Funktionäre ihre alten Funktionen behalten konnten. Es hieß damals: GOMULKA will zwar Gutes tun, er wird aber von den Sowjets und den polnischen Stalinisten daran gehindert.

Erst als der neue Oktober kam, trat ein Meinungsumschwung ein. In Warschau gingen viele Menschen auf die Strasse, die nichts anderes im Sinne hatten, als gegen denselben GOMULKA zu protestieren, der sich in ihren Augen in einen Diktator verwandelt hatte. Dieser Diktator war gerade dabei, ihnen einen wesentlichen Teil von dem wegzunehmen, was sie für eine feste Errungenschaft des Oktobers gehalten hatten: Freiheit der Meinung, der Presse und der Kritik.

Der Beschluss des ZK der Partei, die Wochenzeitschrift "Poprostu" zu unterdrücken, rief fast die gesamte politisch-aktive Jugend der Warschauer Hochschulen auf den Plan. Drei Tage lang dauerten die Protestversammlungen, Demonstrationen und Straßenkämpfe mit der äußerst brutal vorgehenden Polizei, bis die Ruhe endlich wieder hergestellt werden konnte. An diesen Demonstrationen beteiligten sich neben den Warschauer Studenten noch zahl-

reiche Jugendliche aus anderen Schulen, es fehlten unter den Demonstranten auch nicht junge Arbeiter und auch eine Anzahl von jugendlichen Großstadt-rowdys traten auf, für die jede Unruhe ein willkommener Anlass ist, um sich auszutoben. Die Rolle, die diese letztgenannten Elemente in den Demonstrationen gespielt haben, hat man in den offiziellen Verlautbarungen sehr stark übertrieben, um die politische Bedeutung der Demonstrationen abzuschwächen.

Die Massen der Bevölkerung, reifere Arbeiter, Angestellte usw. nahmen aber an den Demonstrationen nicht teil, was die Parteileitung zu der Behauptung veranlasste, die demonstrierende Jugend liesse sich von Provokateuren irreführen, wogegen die vernünftigeren Bevölkerungsteile durch ihre Haltung deutlich zum Ausdruck brachten, dass sie hinter der Parteilinie und den letzten Parteimassnahmen stehen, die gegen die Zeitschrift "Po Prostu" gerichtet waren. Das entspricht aber kaum der Wahrheit.

Die Massen haben für die internen Streitigkeiten innerhalb der Partei nie besonders viel Interesse gezeigt. Sie waren und sind lebhaft daran interessiert, dass der ganze Parteiapparat von allen Stalinisten gesäubert wird, was wiederum praktisch die Liquidierung dieses Apparates bedeuten würde. Stalinisten - das waren diejenigen, die elf Jahre lang schikaniert, terrorisiert, angezeigt und zur zermürbenden und schlecht bezahlten Arbeit angetrieben haben. Aber der Streit GOMULKAS mit der aus jüngeren und reiferen Intellektuellen bestehenden Parteilinken, deren Hauptsprachrohr "Po Prostu" war, liess die Massen nicht besonders warm werden. Es wurde in diesen Berichten oft darauf hingewiesen, dass die polnische Parteilinke keine tieferreichenden Verbindungen zur Masse der Bevölkerung habe und auch keine organisierte Gruppe bildete, sondern lediglich ein Sammelsurium der tief enttäuschten Intellektuellen ist, die oft selbst nicht mehr wissen, ob sie an die Sache des Kommunismus glauben oder nicht.

Solche Menschen sind nicht imstande, auf die Massen anziehend zu wirken, und sie haben es auch nie versucht. Die Zeitschrift hatte eine für diese Art von Publikation grosse Auflage von 130.000 Exemplaren, wurde aber dennoch nur von der Intelligenzschicht gelesen. Die ganze intellektuelle, etwas snobistische Aufmachung der Zeitschrift machte sie für die Massen sowieso unverdaulich. Die Tatsache, dass eine solche Zeitschrift von der Partei plötzlich verboten wurde, konnte bei den Massen nicht einschlagen. Sie berührte nicht direkt die Interessen des schwer um seine Existenz kämpfenden Menschen von der Strasse, der im Alltag ganz andere Sorgen hat, als die, ob er in der nächsten Woche im Zeitungskiosk einen Titel sieht, der ihm sowieso nicht viel sagte.

Die Massen verhielten sich auch deswegen passiv, weil sie schon nach den ersten Demonstrationen auch von Nichtkommunisten zur Beibehaltung der Ruhe aufgefordert wurden. U.a. wirkten auch die Vertreter des polnischen Klerus in dieser Richtung.

Das passive Verhalten der Bevölkerung war aber keineswegs mit der Unterstützung der kommunistischen Repressalien gegen "Po Prostu" und die Demonstranten gleichbedeutend. Die scharfe Handlungsweise GOMULKAs erweckte schon deshalb keine Sympathie, weil instinktiv befürchtet wird, dass nach dem ersten Schritt auch weitergehende Beschneidungen der erkämpften Freiheiten kommen könnten.

Tief betroffen und empört von den letzten Massnahmen des ZK waren dagegen fast alle Intellektuellen, unabhängig davon, ob sie zur Parteilinken gehörten oder parteilos sind. Für alle diese Menschen ist die Beschränkung der Freiheit des Geistes viel empfindlicher, weil sie ihre tägliche Arbeit, ihr Schaffen, ihre Gewohnheiten und Neigungen direkt betrifft, verletzt und stört. Diese Menschen bilden wohl keine organisierte politische Kraft, sie sprechen aber ein entscheidendes Wort bei der Gestaltung der öffentlichen Meinung. Ihre Verbitterung, ja sogar ihr plötzlich entflammter Hass gegen den Mann, auf den sie viele Hoffnungen gesetzt hatten, kann für GOMULKA eines Tages gefährlicher werden, als es vielleicht scheint. Wie mancher Selfmade-man hat GOMULKA einen ausgeprägten Anti-Intelligenzler-Komplex, der jetzt scharf zutage trat. Dieser Komplex wird ihn für mögliche Gefahren einer organisierten Bewegung der Intellektuellen, die sich gegen ihn richtet, blind machen.

Es war indes nicht lediglich die Abneigung gegen die intellektuellen "Revisionisten" und "Liquidatoren", die GOMULKA zu dem Schritt gegen "Po Prostu" und zu der angesagten Isolierung des linken Flügels der Partei veranlasst haben. Es ist bekannt, dass seit längerer Zeit ein massiver Druck seitens der Sowjets auf GOMULKA bestand, die sehr geschickt eine "schwache Seite" bei dem polnischen Parteichef herausgefunden und entsprechend behandelt haben. GOMULKA ist nach allem, was im vergangenen Jahre passierte, sehr empfindlich gegen die Anklage, er wäre ein Verräter und Abtrünniger der kommunistischen Sache gewesen. Die Sowjets konnten bei ihm sehr viel erreichen, doch nie durch Drohungen, sondern dadurch, dass sie an ihn als "guten Kommunisten" appellierten, der doch nicht wolle, dass mit seiner Duldung die Sache des Kommunismus in Polen gefährdet wird.

Es ist jetzt so gut wie sicher, dass CHRUSCHTSCHOW auch TITO zu dieser "seelischen Massage" eingeschaltet hat. Der jugoslawische Staatschef, der eigene "Revisionisten" mit Zuchthaus zu bestrafen pflegte, war sicher sehr eifrig dabei, GOMULKA beim letzten Treffen davon zu überzeugen, dass er nur dann erfolgreich einen "eigenen Weg" zum Sozialismus steuern könne, wenn er sich dabei auf eine einheitliche und starke Partei stütze, die in seiner Hand in jeder Situation ein gefügiges Werkzeug sei. Dieser Argumentation konnte sich GOMULKA nicht verschliessen, umsomehr, als die "monolithische" Stärke der jugoslawischen Partei einen sehr grossen Eindruck auf ihn zu machen schien.

Bei der Betrachtung des Verbots von "Po Prostu" drängt sich aber eine Frage von äusserster Wichtigkeit auf: Soll das nun das Ende des polnischen Oktobers bedeuten? Es würde nicht der Wahrheit entsprechen, wenn man diese Frage mit "ja" beantwortete. Die Wendung, die der letzte Oktober in Polen brachte, ist eine viel zu tief greifende Erscheinung, als dass sie durch die Ausschaltung einer Zeitschrift, die tatsächlich nicht immer politische Vernunft zeigte, beendet sein sollte. Wenn es bei dieser Massnahme bleiben sollte, der später der Ausschluss aller linken "Revisionisten" aus der Partei sicher folgen wird, wäre das keineswegs eine Rückkehr zu der Situation, wie sie etwa vor zwei Jahren in Polen bestand. Man kann die letzte Massnahmen GOMULKAs als eine taktische Notwendigkeit betrachten, wenn er damit etwas anderes erkaufen will, was dem ganzen Volk zugute kommt, wenn er sich dadurch gegenüber Moskau auf anderem Gebiet mehr Bewegungsfreiheit verschafft.

Eins bleibt sicher: Der Weg, den GOMULKA beschritten hat, ist ein gefährlicher Weg. Sollte es sich in Zukunft herausstellen, dass er es seiner "kommunistischen Ehre" schuldig zu sein glaubt, die bürgerlichen Freiheiten erneut zu beschneiden, so wird man ihn anders als bisher beurteilen müssen. Sollte er sich jedoch darauf beschränken, allen denjenigen, die unter dem Deckmantel der Partei eine ihm gegenüber Moskau kompromittierende Politik treiben, lediglich die Mitgliedskarten wegnehmen, so dürfte das nicht als Anlass genommen werden, ihm jeden Vertrauenskredeit zu versagen. Zu einer grundsätzlichen Revision der bisherigen Haltung gegenüber GOMULKA besteht allerdings im Augenblick noch kein Anlass.

2) GOMULKA auf dem letzten Plenum des ZK

Vom 24. bis zum 26. Oktober 1957 fand in Warschau eine Plenarsitzung des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei statt, auf der der Erste Sekretär GOMULKA ein Referat über die Lage in der Partei und im Lande hielt. Dieser Rede muss man besonderes Interesse schenken, weil sie die erste

veröffentlichte Erklärung des Parteichefs nach der durch das Verbot der Zeitschrift "Po Prostu" verschärften Lage ist.

GOMULKA begann mit der Mitteilung, dass der für Dezember 1957 vorgesehene Parteitag auf die Mitte des kommenden Jahres verschoben werden muß:

"Auf der IX. Plenartagung des Zentralkomitees hatten wir den Beschluss über die Einberufung eines Parteitages für Dezember dieses Jahres gefasst. Das Politbüro schlägt vor, den Termin des Parteitages auf einen späteren Zeitpunkt zu verlegen. Zur Einbringung dieses Vorschlages hat uns vor allem Dingen die Lage in der Partei bewogen.

Auf dem IX. Plenum stellten wir den Antrag, den Parteitag für Dezember d.J. einzuberufen, weil wir von der Überzeugung ausgingen, dass sich die Situation in der Partei im Ergebnis der von Plenum angenommenen Beschlüsse bis zum Parteitag wesentlich verbessern und die Einberufung des Parteitages einer konsolidierten Partei erlauben wird. Leider ist das nicht eingetroffen.

Der Parteitag kann seine Aufgaben nur dann am besten erfüllen, wenn die ganze Partei, wenn alle Parteiorganisationen die Quellen liquidieren, denen die gegenwärtige Schwäche der Partei entspringt. Diese Quellen sind aber bis heute noch nicht liquidiert worden.

Es ist erforderlich, dass die Partei noch vor dem Parteitag ihre Krankheitssymptome überwindet, dass sie sich von ideologisch und moralisch fremden Kräften befreit und die unerlässliche ideologische Einheit auf dem Boden der vom VIII. und IX. Plenum ausgearbeiteten Parteipolitik erlangt."

Dann begann GOMULKA mit der ausführlichen Beschreibung der Lage, die in den letzten Monaten in der Partei entstanden ist:

"Unsere Partei kann und sollte ihre Arbeit systematisch verbessern, von allen erkannten Mängeln und Fehlern befreien. Sie kann - falls die Notwendigkeit eintritt - ihre politische Linie ändern. Das hat unsere Partei auf dem VIII. Plenum getan. Dabei muss sich die Partei von dem obersten programmatischen Grundsatz leiten lassen: Alle vorgenommenen Änderungen müssen der Stärkung des Sozialismus dienen. Es erweist sich als notwendig, dieses programmatische Ziel der Partei in Erinnerung zu rufen, weil es bei einigen ihrer Mitglieder in ihrer praktischen Tätigkeit so aussieht, als vergäßen sie es."

Gleich kam es zu einer aufsehen erregenden Feststellung, die das ganze Ausmaß der innerparteilichen Krise erscheinen lässt:

"Die Aktionseinheit unserer Partei ist ernsthaft geschwächt worden, so dass die Partei nicht in der Lage ist, ihre führenden Funktionen beim Aufbau des Sozialismus in Polen in erforderlicher Weise wahrzunehmen. Es ist höchste Zeit, damit Schluss zu machen.

Die Schwächung der Aktionseinheit der Partei ist vor allen Dingen eine Folge des ideologischen Wirrwarrs, der unter einem beträchtlichen Teil des Parteiaktivs aller Stufen herrscht. Dieser Wirrwarr ist von den Revisionisten und Liquidatoren aller Schattierungen in die Partei zu einer Zeit hineingetragen worden, in der die Partei ihre neue politische Linie herausarbeitete.

Es steht ausser Zweifel, dass Dogmatismus und Sektierertum ein Nährboden sind, der eine üppige Blüte des Revisionismus begünstigte und stets begünstigt. Dogmatismus wird aber nicht mit Revisionismus geheilt. Wenn unsere Partei Dogmatismus und Sektierertum verworfen hat, so haben die Revisionisten daran keinerlei Anteil. Das Kräfteverhältnis in unserer Partei zeigt ganz deutlich, dass eine wirksame Bekämpfung des Revisionismus die Überwindung des Dogmatismus ungemein erleichtern wird."

Aus den weiteren Ausführungen geht es hervor, gegen wen sich der Hauptstoß der künftigen Säuberung richten soll:

"Im Kampf um die Genesung der Partei von beiden Erkrankungen ist der Schlag vor allen Dingen gegen die Hauptursache ihrer Schwäche, gegen den Revisionismus und das Liquidatorentum zu richten.

Der ideologische Wirrwarr in der Partei darf nicht länger geduldet werden. Jedenfalls kann die Partei nicht mehr länger warten und eine Tätigkeit ihrer Mitglieder dulden, die den Beschlüssen und den Standpunkt der höchsten Parteinstanzen entgegengesetzt ist bzw. widerspricht.

Das ZK sollte allen Parteinstanzen die klare Direktive geben, solche Mitglieder von ihren verantwortlichen Funktionen abzurufen und notfalls auch aus den Reihen der Partei auszuschliessen. In ihren jetzigen Zustand ist die Partei organisatorisch nur formell einheitlich. Faktisch bestehen innerhalb der Partei zwei Flügel, die sich mehr oder weniger offensichtlich der Parteilinie widersetzen und die Beschlüsse der obersten Parteinstanzen sabotieren. Zwar hat weder der eine noch der andere Flügel, die es innerhalb der Partei gibt, deutliche organisatorische Fraktionsformen angenommen, doch ist dieser Umstand völlig belanglos in Bezug auf das Ausmass des Schadens, den dieser Flügel der Partei zufügen."

"Die Revisionisten sind sich dessen bewusst, dass ihre Tätigkeit den Beschlüssen des VIII. und IX. Plenums zuwiderläuft. Sie sind bestrebt, ihre schädliche Tätigkeit hinter einem Wandschirm des Oktobers zu verbergen. 'Der Oktober ist in Gefahr,' 'Die Partei wacht vom Oktober ab'. 'Schützen wir den polnischen Oktober' - das sind die Rufe der Leute, die die Parteilinie verlassen bzw. diese niemals anerkannt haben. Unter der heuchlerischen Losung der Verteidigung des Oktobers brechen und attackieren die Revisionisten die Beschlüsse des VIII. Plenums. Für sie bedeutet der Oktober Fortsetzung ihrer eigenen politischen Linie, Zersetzung der Partei, Angriffe gegen die Volksmacht, Verbreitung von Defaitismus und Unterhöhlung der sozialistischen Ordnung."

Die folgende Bemerkung GOMULKAs lässt befürchten, dass die Säuberung der Presse sich nicht allein auf "Po Prostu" beschränken wird:

"Die Revisionisten verfügten und verfügen zum Teil auch noch heute über verschiedene Propagandamittel, namentlich über die Spalten eines Teils der Presse und etlicher Zeitschriften. Am repräsentativsten für den revisionistischen Flügel war die Zeitschrift "Po Prostu"."

Der Revisionismus bedeutet nach Darstellungen GOMULKAs nur eine Negation, ihm fehlen jegliche positive Elemente:

"Den Revisionisten gelänge es nie, in die Partei ideologische Verwirrung hineinzutragen, wenn sie ein positives Programm vorlegten, wenn sie offen sagen würden, was sie wollen. Die Revisionisten tun das aber nicht. Sie legen kein positives Programm vor. Sie operieren nur mit Negation, mit fruchtloser Kritik. Sie sagen nicht, was sie wollen. Indem sie den sozialistischen Aufbau kritisieren und mitunter auch zu Recht auf dabei begangene Fehler hinweisen, sagen sie nie, wie man den Sozialismus besser bauen könnte, sondern reduzieren die Sache immer auf die Frage, ob man den Sozialismus bauen könne, ob alles das, was Polen und die anderen sozialistischen Länder im Zuge des sozialistischen Aufbaues getan haben, überhaupt Sozialismus sei."

Die Parteimitglieder, die eine solche Kritik lesen, beginnen an der Richtigkeit ihrer bisherigen Arbeit und am Kampf für den Sozialismus an der Richtigkeit der politischen Linie der Partei zu zweifeln.

Die Parteimitglieder, die von solchen Zweifeln befallen wurden, wissen nicht mehr, wie sie arbeiten sollen. Das erfahren sie aber auch nicht aus den Artikeln der Revisionisten und der anderen fruchtlosen Kritiker des Sozialismus. Und sie werden das auch aus ihnen nie erfahren. Diese Kritiker haben sich nämlich ein anderes Ziel gesteckt: In der Partei, unter der Arbeiterklasse und unter der Bevölkerung Enttäuschung zu säen

und den Glauben an den Sozialismus zu unterhöhlen.

Der revisionistische Flügel muss von der Partei abgetrennt werden. Mit solchen Flügeln könnten Partei, Volkspolen und der Sozialismus nur in den Abgrund stürzen!" Auch die Stalinisten müssen aus der Partei ausgeschaltet werden, wie man den folgenden Worten GOMULKA entnehmen kann:

"Wir werden mit gleicher Entschlossenheit alle organisierten und einzelnen Erscheinungen parteifeindlicher Tätigkeit von der Position des Dogmatismus ausmerzen. Wer an der Partei aus dem Hinterhalt heimlich rüttelt, Schmähschriften herausgibt oder verbreitet, ihre Einheit untergräbt und ihre Tätigkeit lähmt, der hat aufgehört, Kommunist zu sein, auch wenn er auf eine noch so lange Parteizugehörigkeit zurückblicken kann. Für solche Leute kann es in der Partei ebenfalls keinen Platz geben.

Diese dogmatisch-sektiererische Haltung, das Sehnen nach Rückkehr zu den alten Methoden ist nur dazu angetan, die Partei von den breiten Massen der Werktätigen zu trennen, objektiv gehen also diese Leute den Sozialismus feindlichen Kräften zur Hand."

Welche Stalinisten sollen aber die Partei verlassen? Das bleibt ein Rätsel, wenn man gleichzeitig in der polnischen Presse liest, dass der Oberhäuptling der polnischen Stalinisten, der als Moskauer Agent auch unter den Parteileuten verrufene Franciszek MAZUR zum polnischen Botschafter in Prag ernannt wurde.

Die Partei ist aufgeblasen und machtlos, erfährt man aus weiteren Ausführungen:

"Eine marxistisch-leninistische Partei muss der Vortrupp der Arbeiterklasse sein. Als Ganzes, als Summe der Parteiorganisationen gesehen, hat unsere Partei viele der Merkmale eines Vortrupps eingebüsst. Sie ist teilweise zu einer parteilosen Masse aufgeweicht. Nach der Statistik zählt unsere Partei etwa 1 300 000 Mitglieder. Hätten wir halbsoviel bewusste, kämpferische, dem Sozialismus restlos ergebene Parteimitglieder, dann wäre die Partei eine grosse Macht im Lande."

Von wem soll die Partei nun gesäubert werden? Dazu sagte GOMULKA:

"Die Parteimitglieder lassen sich sozusagen in drei Gruppen einteilen: Die erste Gruppe, das sind die sich ihrer Ziele bewussten Kommunisten, die durch ihre Denkweise und Gefühle mit der Idee des Sozialismus fest verbunden sind und für die Verwirklichung dieser Idee alle ihre Kräfte einsetzen, strenge, disziplinierte Menschen, die der Partei immer zur Verfügung stehen.

Zur zweiten Gruppe kann man die Parteimitglieder rechnen, die den Sozialismus gefühlsmässig und verstandesmässig unterstützen. Das bringen sie

eben durch ihre Parteizugehörigkeit zum Ausdruck, sozusagen durch die Entrichtung der Parteibeiträge. Sie kommen gewöhnlich zur Parteiversammlung, ordnen sich den Weisungen der Partei meistens nur soweit unter, wie diese von ihnen keinen klaren, persönlichen Einsatz zu ihrer Durchführung verlangen, drücken sich nicht davor, der Partei etwas von ihrer Zeit zu opfern, namentlich bei Massenaktionen der Partei usw. Das sind positive Mitglieder der Partei, wenn auch nicht allzu rührige und aktive.

Die dritte Gruppe, das sind Menschen, die der Partei aus persönlicher Berechnung beigetreten sind. Der Sozialismus ist ihnen meist gleichgültig, es kann ihn geben, braucht ihn aber nicht zu geben. In der Partei sind sie vor allem deshalb eingetreten, weil sie damit rechneten, die Parteizugehörigkeit werde ihnen irgendwelche persönlichen Vorteile bringen oder, weil sie das Mitgliedsbuch einfach als Versicherungspolice betrachten. Man kann sie zu keinerlei Parteiarbeit heranziehen. Zu Parteiversammlungen kommen sie in der Regel nicht, den Parteibeitrag entrichteten sie als sie mussten, jetzt zahlen sie meistens nicht.

Diese Gruppe ist ein Klotz am Bein der Partei. Sie ist in der Partei ein überflüssiger und schädlicher Ballast. Die Arbeit und die Bemühungen der Parteikomitees, diese Gruppe zu aktivieren, sind vergeblich und fruchtlos. Diese Gruppe ist eine Brutstätte von Passivität und Gleichgültigkeit unter den Parteimitgliedern. Sie steckt sogar gute Parteimitglieder an und beeinflusst sie negativ.

Die zahlenmässige Stärke dieser Gruppe von Parteimitgliedern ist beträchtlich.

Die dritte Gruppe sollte die Partei grundsätzlich verlassen. In der Partei gibt es ausserdem noch eine spezielle Kategorie von besonders unerwünschten Leuten. Das sind die Unruhestifenden, demagogischen und doppelzüngigen Elemente, voller Negation zum Sozialismus und zu den Parteileitungen. In letzter Zeit gab es sogar Fälle, dass diese Art von Parteimitgliedern Streiks organisierte und demagogische Forderungen aufstellte. Das sind schliesslich die verschiedenartigen Drahtzieher und eindeutig verbrecherischen Elemente, die mitunter grosse Aktivität und grossen Eifer an den Tag legen, um sich so besser maskieren zu können. Mit der letztgenannten Abart der grössten Parteischädlinge muss man sich etwas näher befassen.

Die Bevölkerung hat allen Grund, von uns einen energischen Kampf gegen das Verbrechertum zu fordern. Wir müssen dieses Problem wie einen Kampf gegen den Klassenfeind betrachten. Die Arbeiterklasse und die gesamte

Bevölkerung verlangen einen unnachsichtigen Kampf gegen derartige Erscheinungen. Diese Pflicht obliegt vor allen Dingen unserer Partei.

Viele Unterlagen, die sich im Besitz der Parteiführung befinden, beweisen aber, dass verschiedene Parteistellen unfähig sind, einen wirklichen Kampf gegen Verfehlungen und Korruption zu führen, weil sie in gewisser Masse selbst der Demoralisierung verfallen sind.

Die übergeordneten Partei- und Staatsorgane müssen die ihnen untergeordneten Stellen von korrumpierten oder demoralisierten Elementen säubern, Diese Aktion hat schon begonnen. Aus der Partei werden korrumpierte bzw. demoralisierte Elemente entfernt und diejenigen, die sich Mißbräuche und Vergehen zuschulden kommen ließen, erwartet ein Gerichtsverfahren.

Wie soll ein gutes Parteimitglied sein? Ein Parteimitglied muss sich vor allen Dingen durch einen guten Glauben an die Richtigkeit und an den Sieg des Sozialismus als Gesellschaftsordnung auszeichnen. Ein Parteimitglied muss an der Verwirklichung der Idee des Sozialismus bewusst mitarbeiten. Ein Parteimitglied muss ein gutes Gefühl für Parteidisziplin haben. Ein Parteimitglied sollte sich durch hohe moralische Werte auszeichnen, durch Bescheidenheit, Aufrichtigkeit im Handeln, Wahrheitsliebe in der Partei- und gesellschaftlichen Arbeit und Gewissenhaftigkeit in der Erfüllung seiner Pflichten. Ein Parteimitglied muss daran denken, dass sein guter Name die politische und moralische Autorität der Partei stärkt. Ein Parteimitglied ist ein opferbereiter Kämpfer für den Sozialismus, ein Mensch, der mit dem Beitritt zur Partei nicht persönliche Vorteile damit im Auge hat."

Nach der umfangreichen Darstellung der Situation in der Partei ging SOMULKA in seinem Referat zur allgemeinen politischen Situation im Lande über:

"Das VIII. Plenum hat die Situation im Lande geändert. Die politische Atmosphäre hat sich gewandelt. Unter der Bevölkerung ist vor allen Dingen das Angstgefühl verschwunden. Heute gibt es in Polen keinen Menschen, der, wenn er mit dem Gesetz in Einklang lebt, vor der Volksmacht Furcht haben würde. Die sozialistische Gesetzlichkeit wird strikt eingehalten.

Im öffentlichen Leben kamen weitreichende demokratische Freiheiten, denen der in der gegenwärtigen Etappe des sozialistischen Aufbaus erforderliche Rahmen gezogen ist, allgemein zur Anwendung. In Rahmen dieser Freiheiten steht jedem Bürger das Recht zu, für sich Redefreiheit in Anspruch zu nehmen und er tut es auch, kann er eine politische und gesellschaftliche Tätigkeit entfalten. Kennzeichnend für das politische Leben ist Offenheit.

Die Presse nimmt ausgiebig ihr Recht auf Kritik an der Arbeitsweise der Staatsorgane wahr.

Die gewerkschaftlichen, genossenschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Organisationen genießen uneingeschränkt ihre demokratischen Rechte. Die grundsätzlichen Probleme der Staatspolitik werden durch zwischenparteiliche Konsultationen und durch Absprachen zwischen unserer Partei sowie der Vereinigten Volkspartei und der Demokratischen Partei entschieden. Wir haben eine Atmosphäre geschaffen, die der völligen Normalisierung der Beziehungen zwischen Staat und Kirche förderlich ist und in dieser Frage den besten Willen bewiesen."

Aus den nachfolgenden Worten GOMULKAs lässt sich unschwer entnehmen, dass die Grenzen der Pressefreiheit enger geschlossen werden:

- + "Wir haben das Tor der demokratischen Freiheiten weit aufgestossen.
 - + Wir möchten nicht und haben auch nicht die Absicht, dieses Tor wieder
 - + zu schliessen. Nur müssen wir es besser als bisher bewachen.
- Unter den Bedingungen eines Polen, das sich erst auf der ersten Etappe des sozialistischen Aufbaues befindet, dürfen die demokratischen Freiheiten nicht den Feinden des Sozialismus dienen. Die einen unterstützen den "Oktober" von der Position des Sozialismus, die anderen hingegen sprachen sich und sprechen sich angeblich für den "Oktober" deshalb aus, weil sie ihn als Übergangsetappe ansehen, die zu antisozialistischen Wandlungen führt.

- Aus einigen Zeitungen und Zeitschriften sind die Publikationen, die in verschiedener Form Enttäuschung über den Sozialismus verbreiten, noch nicht verschwunden. Ungeachtet der Änderungen, die das VIII. Plenum gebracht hat, wurden die Wirklichkeit und das Leben in den schwärzesten
- + Farben dargestellt. Gleichzeitig ist den Lesern das Leben im Westen
 - + in den lichtesten Farben gemalt worden, damit der Bevölkerung Abneigung zum Sozialismus einimpfend. Die antisozialistischen Kreise waren bemüht, das fundamentale Prinzip der Außenpolitik von Partei und Regierung - das Bündnis und die Freundschaft mit der SU - in den verschiedensten Formen zu unterminieren. Das Verbreiten von Abneigung zur Sowjetunion liegt auf der Linie des Hauptzieles, dem diese Kreise zustreben:
- Abspaltung Polens vom Lager der sozialistischen Staaten, Lockerung der polnisch-sowjetischen Freundschaftsbände und Reduzierung der Rolle des polnisch-sowjetischen Bündnisses auf rein formale Bedeutung. Man braucht nicht beweisen zu wollen, welchen Schaden eine derartige Propaganda zufügen kann, nicht nur der Sache des Sozialismus, sondern auch den staatlichen und nationalen Interessen Polens. Diesen fortwährenden Unterminieren der Parteilinie, all den Erscheinungen einer schädlichen

Tätigkeit in den Spalten gewisser Zeitschriften muss die Partei ein Ende bereiten. Freiheit des Wortes darf nicht gleichbedeutend sein mit Freiheit der Lüge und der Fälschungen, mit Freiheit für eine gegen die lebenswichtigen Interessen gerichtete Propaganda."

In der Zukunft wird sich die polnische Presse danach richten müssen:

"Die Presse hat das Recht der Kritik an allen negativen Erscheinungen im Leben des Landes. Nur verlangen wir von ihr, dass jegliche Kritik von schöpferischen Positionen ausgeht, dass sie positiv ist, dass sie den sozialistischen Aufbau fördert und nicht Schläge gegen den Sozialismus richtet. Die Presse hat das Recht auf sachliche Kritik an diesen oder jenen Massnahmen der staatlichen Behörden, nicht ausgenommen die Ministerialämter.

Die Redakteure, Journalisten und Publizisten müssen in ihrer täglichen Arbeit vor allem daran denken, dass ihr Wort, das vermittelt der Presse zur gesamten Nation dringt, der Gestaltung und der Festigung der sozialistischen Haltung der Gesellschaft dienen muss. Das ist die Hauptaufgabe der Presse und aller Propagandaorgane."

Auch in anderen Parteien und Organisationen steht eine Säuberung bevor.

"Die Aktivierung der reaktionären und antisozialistischen Kräfte äussert sich in verschiedenen Formen und in verschiedenen Bevölkerungskreisen. Diese Kräfte erhoben ihr Haupt in der Vereinigten Volkspartei und auch in der Demokratischen Partei, ohne dass sie bis unlängst auf eine wirksame Abfuhr stießen. Sie traten im Verband der Kämpfer für Freiheit und Demokratie auf und in Kreisen der akademischen Jugend. Antisozialistische Erscheinungen gibt es in der Arbeit des Schriftstellerverbandes und in gewissen Kreisen der Intelligenz."

GOMULKA vertrat die Meinung, die Massen der Bevölkerung würden weiter hinter ihm stehen:

"Die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung ist sich bewusst, dass es notwendig ist, die Politik von Partei und Regierung zu unterstützen und befürwortet den Sozialismus. Ein neuer Beweis dafür war die entschieden ablehnende Haltung der Bevölkerung gegenüber den letzten verantwortungslosen Krawallen in einigen Kreisen der studentischen Jugend. Diese Krawalle hat nicht nur die Arbeiterklasse gebremst, sondern auch die überwiegende Mehrheit des Volkes. Im Prinzip bemühte sich nur ein Teil der Intelligenz, sie zu rechtfertigen."

Der weitere Teil der GOMULKA-Rede ist der wirtschaftlichen Lage Polens gewidmet und wird im Wirtschaftsteil dieses Berichtes besprochen.

3) Beschluß des X. Plenums des ZK über die "Überprüfung der Parteimitglieder"

In dem Beschluss des X. Plenums heisst es u.a.:

- 1) Um die ideologische und politische Einheit und die Aktionsseinheit zu gewährleisten, ist es notwendig, die Partei von Menschen zu befreien, die antisozialistische und revisionistische Anschauungen verbreiten, von Nationalisten und Chauvinisten, sowie von Menschen, die auf ihrem dogmatischen und falschen Standpunkt beharrend, die richtige politische Linie der Partei bekämpfen.
- 2) Vor der Wahlkampagne zum III. Parteitag ist eine Überprüfung der Parteimitglieder durchzuführen. Durch diese Überprüfung soll die Partei von Menschen befreit werden, die in der Praxis bewiesen haben, dass sie unfähig oder nicht würdig sind, der Partei, dem Vortrupp der Arbeiterklasse, anzugehören. Notorische Nichtsteuer, Bummelanten, Unruhestifter und Demagogen sowie demoralisierte Leute, deren Verhalten der proletarischen Ethik Abbruch tut, sind aus der Partei zu entfernen.

Jedem Parteimitglied, gegen das Vorwürfe erhoben werden, ist die Möglichkeit zu geben, zu diesen Vorwürfen Stellung zu nehmen. Jedes Parteimitglied hat das Recht, bei der Erörterung seiner moralisch-politischen Haltung zugegen zu sein. Die Behandlung dieser Dinge in Abwesenheit des Parteimitgliedes ist nur dann zulässig, wenn der Betroffene von dem ihm zustehenden Recht der Anwesenheit keinen Gebrauch macht.

4) Zusammensetzung der Partei

Nach der letzten Veröffentlichung der Organisationsabteilung des ZK der polnischen Partei die in "Zycie Warszawy" am 25. Oktober bekanntgegeben wurde, zählte die Partei am 30. 9. 1957 1.283.761 Mitglieder und Kandidaten, darunter 39,9 % Industriearbeiter (1956: 39,7 %), 4,8 % Landarbeiter, 12,8 % Bauern, 38,8 % Angestellte (davon 15,1 % Beamte). Der Prozentsatz der Arbeiter unter den Parteimitgliedern war am grössten in den Bezirken: Kattowitz (54,2 %), Lodz (53,8 %) und Krakau (47,3 %).

In den ersten neun Monaten d.J. verliessen die Partei etwa 100.000 Mitglieder. Davon wurden 5.000 ausgeschlossen, 56.000 aus den Listen der Parteimitglieder gestrichen, der Rest, 43.000 hörte "mechanisch" auf, der Partei anzugehören, entweder wegen Nichtbezahlens der Beiträge oder Umzug ohne Neuanmeldung usw.

5) Wie sich die Schließung von "Po Prostu" vollzog.

Schon im September wusste man in orientierten Kreisen, dass man das Wiedererscheinen der Zeitschrift nach der Ferienpause verhindern wollte. Die erste Nummer, die zur Zensur kam, wurde vollständig beschlagnahmt, und auch die zweite Version wurde nicht freigegeben. Anfang Oktober teilte das Kontrollamt für Presse der Redaktion mit, dass das Erscheinen der Zeitschrift eingestellt wird. Daraufhin fand am 4. Oktober eine erste Demonstration der Studenten statt. Am 5. Oktober veröffentlichte man den Beschluss des Sekretariats des ZK über die endgültige Bestätigung des Kontrollamt-Beschlusses. An diesem und an nächsten Tage wiederholten sich die Demonstrationen, und es kam zu schweren Ausschreitungen der Bereitschaftspolizei gegen die Demonstranten.

Die Parteipresse veröffentlichte scharfe Kommentare, in denen man den Studenten vorhielt, dass die meisten Studenten in Polen eine Hochschulbildung genossen dank der Arbeit der polnischen Werktätigen. Diese hätten das Recht, von den Studenten zu erwarten, dass sie fleissig lernen und nicht auf der Strasse herumtoben.

"Die Zeitschrift "Po Prostu" wurde mit Recht geschlossen, weil sie ein Sprachrohr der antisozialistischen Kräfte und Tendenzen geworden ist."
("Trybuna Ludu" vom 10. Oktober).

Besonders betont wurde die Tatsache, dass "Po Prostu" die polnische Wirklichkeit nur in schwarzen Farben darstellte, während sie gleichzeitig lobend, sogar schmeichelnd über manche kapitalistische Länder berichtete, so z.B. dass die israelische KIBUCIM die vollendetste Form des bisher erreichten Sozialismus sei, und dass in der Bundesrepublik von Prosperity alle, einschliesslich der Prostituierten, profitieren. In der Frage der polnisch-sowjetischen Beziehungen vertretete die Zeitschrift nationalistische Tendenzen und suchte nur hetzerische Details aus. ("Trybuna Ludu" vom 11. Oktober).

Am 17. veröffentlichte die Presse den Beschluss der zentralen Kontrollkommission der Partei über den Ausschluss der meisten ehemaligen Redaktionsmitglieder von "Po Prostu" aus der Partei. Unter den Ausgeschlossenen befand sich u.a. der Sejm-Abgeordnete und ehem. Chefredakteur Eligiusz LASOTA.

Auch in den Kreisen der Krakauer Studenten gab es Parteiausschlüsse, so im sog. "Zentrum der akademischen Linken", einer Gruppe, die ähnliche Tendenzen wie "Po Prostu" vertrat. Den Mitgliedern dieser Gruppe machte man zum Vorwurf, dass sie Demonstrationen der Krakauer Studenten als Protest gegen die Schließung der "Po Prostu" organisiert hätten.

Am 26. Oktober fand vor einem Warschauer Gericht der erste Prozess gegen verhaftete Demonstranten statt. Der einzige Angeklagte in diesem Prozess ein 18-jähriger Pole, musste wegen Mangels an Beweisen von der Anklage freigesprochen werden, die Polizei angegriffen zu haben. Dieses Urteil fiel in einer verschärften politischen Atmosphäre, unmittelbar nach der Veröffentlichung der Rede GOMULKAS auf dem Plenum und macht dadurch der Unabhängigkeit der polnischen Gerichte Ehre. Der Staatsanwalt legt Berufung ein.

6) "Umtausch" der Mitgliedskarten beim Sozialistischen Jugendverband

"Trybuna Ludu" meldet am 24. Oktober, dass die Leitung des Sozialistischen Jugendverbandes einen Umtausch der Mitgliedskarten plant, der offensichtlich zu dem Zweck vorgenommen wird, unbequeme Leute aus der Organisation auszuschliessen. Ein leitender Funktionär des Verbandes musste zugeben, dass sogar ein ZK-Mitglied des Jugendverbandes an den Demonstrationen gegen die Schliessung von "Po Prostu" teilgenommen hat.

7) Verschärfung auch gegenüber den Emigranten

Die Pariser Emigranten-Monatschrift "Kultura", die wegen ihrer sachlichen Berichterstattung über die Entwicklung in Polen im letzten Jahr von manchen polnischen Kommunisten mit höflichen Kommentaren bedacht wurde und unter den Intellektuellen in Polen offen zutage gebrachte Sympathien genoß, wurde unerwarteter Weise am 10. Oktober das Ziel einer scharfen Attacke, die in der parteiamtlichen "Trybuna Ludu" veröffentlicht wurde. Das Blatt meinte, dass "die ganze Publizistik von "Kultura" ein klassisches Beispiel einer politischen Strategie sei, die auf die "zweite Stufe" des polnischen Oktobers spekuliert, die eine Liquidation der sozialistischen Errungenschaften herbeibringen und der Reaktion das Tor weit öffnen soll. "Kultura" wäre ein "politischer Gegner, der nicht etwa in den zweitrangigen, sondern in den wichtigsten Sachen gegen die Interessen des Volksstaates Stellung nimmt."

Die ungewöhnlich scharfe Formulierung gegen das Emigrantenblatt lässt einen Frontwechsel gegenüber diesen Gruppen der Exilpolen vermuten, die bis jetzt wegen ihrer Sachlichkeit und ihres Realismus nicht selten gelobt worden waren.

8) Neuer sowjetischer Botschafter in Warschau

Der in Warschau "ausserordentlich beliebte" Botschafter PONOMARENKO wurde, wie man in informierten Kreisen der polnischen Hauptstadt weiss, auf ausdrücklichen Wunsch GOMULKAS abberufen. Er hat sich oft gegen den polnischen Parteichef engagiert und unterstützt ganz offen die stalinistische Opposition gegen GOMULKA. Der neue Botschafter ABRASIMOW ist ein profilloser Mann, von dem man in Warschau erwartet, dass er sich in die innerpolitischen

Angelegenheiten nicht einmischen wird.

II. Wirtschaft

1) Wirtschaftslage Polens 1957

"Zycie Warszawy" veröffentlichte am 13. Oktober die Ausführungen des polnischen Planungschefs JEDRYCHOWSKI, der über die augenblickliche wirtschaftliche Lage Polens sprach. Vor dem Wirtschaftsausschuss des polnischen Parlaments erklärte er, dass das Wachstum der Produktion innerhalb von neun Monaten d.J. im Vergleich zum entsprechenden Zeitraum des Jahres 1956 8,6 % ausmache: Die Produktion von Produktionsmitteln sei um 7,5 % und die Produktion von Konsumgütern um 10,1 % gewachsen. Die diesjährige Getreidernte liege um etwa 400.000 to über der Vorjahrsernte. Nach Berechnungen machten die Durchschnittshektarerträge in diesem Jahre 14,7 dz aus, seien also um einen Doppelpentner höher als im Vorjahre.

Der Kuhbestand erhöhte sich in diesem Jahr um 4 %, der Schweinebestand um 6 % und der Pferdebestand um 3 %.

Das diesjährige Wachstum der Agrarproduktion werde nach vorsichtigen Schätzungen insgesamt etwa 3 % ausmachen. Die pflanzliche Produktion werde sich dabei vermutlich um 2 % erhöhen, die tierische um 4,8 %.

Den Bauern wurden innerhalb von acht Monaten 23,5 Milliarden Zloty für Erfassungsprodukte gezahlt, also 7 Milliarden mehr als im gleichen Zeitraum 1956.

Wesentlich verbessert habe sich die Versorgung des Dorfes mit Produktionsmitteln. Schon jetzt könne auf dem Verteilerschlüssel für Kunstdünger verzichtet und Kunstdünger in solchen Mengen und Sortimenten geliefert werden, wie es die Käufer wünschen. Die Landbevölkerung kaufe mehr landwirtschaftliche Maschinen als bisher. Leider mache sich auf dem Markt das Fehlen einiger Maschinentypen bemerkbar.

Die Kredite für die Landbevölkerung machten im ersten Halbjahr 761 Mill. Zloty aus. 56 % aller Anleihen seien für Bauzwecke bestimmt und 44 % für den Kauf von totem und lebendem Inventar.

Die Investitionsaufwendungen hätten sich während der ersten acht Monate d.J. gegenüber dem Vorjahr um 6,1 % erhöht. Bis Ende August seien 58 % des Jahresplanes erfüllt worden, im gleichen Zeitraum des Vorjahres aber nur 52,2 %.

Die Theorien von der Gefahr einer Massenarbeitslosigkeit hatten sich als unrichtig und falsch erwiesen. Tatsächlich habe Ende Juli die Zahl der Personen, die über die Arbeitsämter Arbeit suchten, nur 25.000 betragen. Sie sei somit um 8.300 niedriger als im gleichen Monat des Vorjahres gewesen. Gleichzeitig lag die Zahl der freien Arbeitsplätze um 37.000 höher. Schlechter sei es um die Beschäftigung der Frauen bestellt, aber auch hier liege die

Zahl der freien Arbeitsplätze über der Zahl der Arbeitslosen. Im Landesmaßstab gesehen gebe es sogar einen Arbeitskräftemangel. Das Bauwesen z.B. könne 30.000 Personen aufnehmen, der Erzbergbau 2.000.

In der gegenwärtigen Situation bestehe eine ständige Gefahr für das Gleichgewicht zwischen Warenmasse und dem Wachstum der Kaufkraft der Bevölkerung. Das sei das Resultat der Lohnerhöhungen im Vorjahr und in gewissem Masse auch der in den ersten drei Monaten d.J. durchgeführten Lohnregulierungen.

Innerhalb von acht Monaten hätten die Aussenhandelsumsätze 5 Milliarden 486 Mill. Rubel in Devisen erreicht, was 63,3 % des Jahresplanes entspräche. Für den Import seien in derselben Zeitspanne 3 Milliarden 40 Mill. Rubel ausgegeben worden. Der Exportwert betrage 2 Milliarden 446 Mill. Rubel. Die wichtigste Aufgabe des Aussenhandels für das kommende Jahr sei die Erzielung eines Export-Importgleichgewichtes und die zumindest teilweise Tilgung der kurzfristigen Kredite.

In seiner Beurteilung der Wirtschaftssituation hob Minister JEDRYCHOWSKI hervor, dass es trotz aller Schwierigkeiten Augenblicke gebe, die optimistisch stimmen. Man habe eine gewisse Zunahme der Warenmasse erreicht, die Finanz- und die Arbeitsdisziplin habe sich gebessert und die Tendenzen zur Drosselung der Produktionspläne seien eingeschränkt worden. Angesichts dessen wären die Theorien von der notwendigen Herabsetzung der Kaufkraft der Bevölkerung falsch und völlig unbegründet.

Wichtige Informationen zu der derzeitigen wirtschaftlichen Lage Polens enthielt ebenfalls das Referat GOMULKAs auf dem X. Plenum am 24. 10. 1957. Er wies auf verschiedene wirtschaftliche Schwierigkeiten hin und stellte fest:

"Am gefährlichsten für unsere Wirtschaft ist die Tatsache, dass die gewährten Lohnerhöhungen nicht mit einem Wachstum der Produktion gepaart sind. Schlimmer noch - sie sind diesem Wachstum vorausgeeilt, und zwar recht erheblich. Worin äussert sich die Angespanntheit des wirtschaftlichen Bogens im gegenwärtigen Zeitpunkt? Darin, dass die Kaufkraft der Bevölkerung grösser ist, als die Warendecke auf dem Markt."

Trotz dieser Lage ist GOMULKA fest entschlossen, eine allgemeine Preiserhöhung zu verhindern:

"Ich möchte feststellen, dass wir - wie bis dahin, so auch in Zukunft - die Preise für Massenbedarfsartikel nicht ändern werden. Die Vorteile, die die Arbeiterklasse, die alle Mittelverdiener durch die Lohnerhöhungen erhalten haben, dürfen nicht angetastet werden."

Die Arbeiterräte haben sich im allgemeinen bewährt:

"Das im November vergangenen Jahres eingeführte System der Arbeiterselbstverwaltung hat trotz aller unvermeidlichen Schwächen der ersten Entwicklungszeit seine Lebensbewährung erfolgreich bestanden. Bis zum 15. September d.J. waren in 4.316 Betrieben von insgesamt etwa 10.800 Betrieben, in denen die Voraussetzungen dazu gegeben sind, Arbeiterräte gebildet worden. Sie zählen rund 75.000 Mitglieder, von denen die meisten, etwa 45.000, Arbeiter aus der Produktion sind."

Auf dem Land ist der Fortschritt am deutlichsten zu erkennen:

"In der Landwirtschaft ist die Produktion gewachsen. Nach den augenblicklichen Schätzungen hat sich der Bruttowert der Agrarproduktion um etwa 4 % erhöht. Nach Ermittlungen haben sich die Geldeinnahmen der Landbevölkerung aus der staatlichen Erfassung im Jahre 1956 um 5,5 Milliarden Zloty erhöht und werden im Jahre 1957 schätzungsweise um weitere 9 Milliarden zunehmen. Die realen Nettoeinnahmen pro Kopf der Landbevölkerung haben in zwei Jahren um über 18 % zugenommen. Die Zunahme der Einnahmen aus der Agrarproduktion sowie der allgemeine Atmosphärenwandel auf dem Lande und die Beseitigung der Entstellungen aus den vorangegangenen Jahren haben zu einem erheblichen Interessenanstieg der Bauern an der Entwicklung der Produktion und an Investitionen in der Landwirtschaft geführt."

Ein äußerst schwieriges Problem stellt dagegen der Wohnungsbau dar:

"Beim jetzigen Stand der Dinge ist der Staat außerstande, der Wohnungsschwierigkeiten durch eigene Anstrengungen Herr zu werden. Es besteht auch in nächster Zeit keine Aussicht, dass der Staat allein, ohne Mithilfe der Bürger das Problem der Wohnungsschwierigkeiten lösen können wird. Partei und Regierung müssen das Wohnungsproblem so stellen, wie es in Wirklichkeit ist, sie müssen klar und deutlich sagen, dass der Staat weder heute noch morgen, noch in einem Jahr noch in fünf Jahren in der Lage sein wird, aus staatlichen Mitteln soviel Wohnungen zu bauen, wie für Arbeiter und Angestellte unbedingt benötigt werden."

Um den Wohnungsbau in nächster Zeit so weit zu entwickeln, wie die Bedürfnisse der Arbeiter und Angestellten es erforderlich machen, muss der Staat auf ihre Mithilfe zurückgreifen. Die Konzeption besteht darin, dass ein Teil der besser Verdienenden eigene Wohnungen baut, die Mittel dafür können zum Teil durch Ersparnisse und zum Teil durch sehr günstige staatliche Kredite aufgebracht werden."

Auch die besser verdienenden Jugendlichen sollten nicht mehr mit einer kostenlosen Zuweisung einer Wohnung aus dem staatlichen Wohnungsbau rechnen. Sie sollten sparen und Mittel für den Bau einer eigenen Wohnung

zurücklegen. In unserer Industrie sind viele Jugendliche vom Land beschäftigt, deren Väter Gehöfte besitzen. Diesen Jugendlichen stehen Familienauszahlungen zu. Ausser Sparrücklagen vom Einkommen könnte ein Teil der Jugendlichen die Familienauszahlungen für Eigenheimbau bestimmen.

Auch im Handwerk und im Privathandel lässt die Entwicklung viel zu wünschen übrig:

"In der Zeit vom Oktober des vergangenen Jahres bis Juni dieses Jahres sind bei uns etwa 32.000 neue Handwerksbetriebe gegründet worden. Die Zahl der im Handwerk Beschäftigten hat sich im genannten Zeitraum um etwa 40.000 erhöht, die Zahl der Lehrlinge um 9.000. Gemessen am Bedarf des Landes, vor allem an den Bedürfnissen und Möglichkeiten in den Westgebieten, ist dieses Wachstum als bescheiden zu bezeichnen.

Auch die Zahl der industriellen Privatbetriebe hat sich erhöht, ihre Beschäftigtenzahl hat sich verdoppelt und den Stand von etwa 18.000 Personen erreicht (mitgerechnet die mitarbeitenden Betriebsinhaber und ihre Familienangehörigen). Eine mehr als bescheidene Zahl, ja eine geradezu verschwindend geringe Zahl. Im Handwerk beläuft sich die Zahl der Beschäftigten auf 180.000. Bei der Änderung gegenüber der Politik gegenüber dem Handwerk und der privaten Kleinerzeugung ging die Partei von dem Bestreben aus, auch mit Hilfe dieser Kredite die wirtschaftlichen Lücken zu schliessen, besonders bei Dienstleistungen, sofern es um das Handwerk geht, und in der Produktion von Baumaterialien, was die Privatproduktion anbelangt.

Die Produktion der Kleinerzeugung sollte die bestehenden Marktlücken schliessen und ihre Entwicklung dieser Zielsetzung anpassen. Man kann der privaten Produktionsinitiative kaum Vorhaltungen deswegen machen, daß sich ihre Entwicklung im Grunde nicht im Sinne der Direktiven der Partei für die Wirtschaftspolitik vollzog. Sie entwickelt sich dort, wo die staatliche Behörde das gestattet. Wir richten unsere Vorhaltungen also an die staatlichen Behörden, dass sie keine wohlüberlegte Politik der Konzessionierung von Privatbetrieben betreiben, gemäss den Direktiven der Parteipolitik. Während die Richtlinien der Partei für die Entwicklung der Privatproduktion ernsthaft verletzt wurden, so sind die örtlichen Organe der Staatsmacht hinsichtlich der Entwicklung des Privathandels von ihnen völlig abgewichen. Zur Frage des Privathandels haben wir klar und deutlich gesagt: Privatläden können nur dort eröffnet werden, wo das Netz des vergesellschafteten Handels Lücken aufweist. Stattdessen haben die Volksräte eine sporadische Entwicklung von Privatläden in den zentralen Bezirken grosser Städte zugelassen, wo das Netz

des vergesellschafteten Handels ohnehin nicht genug ist. Einige Privatleuten scheuen nicht davor zurück, beim vergesellschafteten Einzelhandel Mangelwaren illegal zu spekulativen Zwecken aufzukaufen. Durch das Zusammentreffen von staatlichem und privatem Handel hat sich Spekulation und Korruption entwickelt. Diesen diebischen Machenschaften muss ein Riegel vorgeschoben werden.

Die Plage der Spekulation in allen ihren Erscheinungen muss überall, wo sie auftritt, bis an die Wurzeln ausgeremert werden."

2) Neue Organisation der Industrieverwaltung

Laut Informationen von "Trybuna Ludu" (19. 10.) plant man im Jahre 1958 eine Reorganisierung der Zentralverwaltungen. Es war bis jetzt üblich, dass jedes Industrieunternehmen einer zentralen Branchenverwaltung untergeordnet war. In Zukunft soll dieses Prinzip nur für manche Betriebe (wie etwa Textilindustrie) beibehalten werden. Ausserdem wird man manche Betriebe einer reinterritorialen Verwaltung unterstellen (z.B. Bauindustrie), andere wieder werden in Konzernen zusammengeschlossen, die den gesamten Produktionsgang von der Herstellung der Rohstoffe bis zum fertigen Produkt umfassen werden (Maschinenindustrie).

3) Wirtschaftliche Besserung in den Westgebieten

"Es ist nicht so lange her - schreibt 'Trybuna Ludu' am 19. 10. - , dass man in den Dörfern des Kösliner Bezirkes verlassene Gehöfte sah. Die Gebäude wurden massenweise devastiert, die bebaute Fläche verkleinerte sich, die brachliegenden Gebiete wurden immer grösser..."

Man wollte dieser Entwicklung mit administrativen Methoden entgegen wirken, indem man jedem, der sein Land nicht bebaut, mit Zwangsarbeit und Geldstrafe bestrafen liess. Das hat natürlich keine Wirkung gezeigt.

"Heutzutage, ein Jahr nach dem Kurswechsel in der Landwirtschaftspolitik ist das nur eine ferne Vergangenheit. Die Sorgen, die die Landwirtschaftsverwaltung jetzt hat, sind ganz und gar anderer Natur. 18.000 Bauern reichten Gesuche ein, um ihre Höfe vergrössern zu können. Bis jetzt stellte man zu diesem Zweck 55.000 ha, die früher zu den Staatsgütern gehörten, zur Verfügung. In Belgard hat man sogar die ersten Prozesse um den Landbesitz registriert. "

Früher galt unter den Bauern die Devise: Weniger Land, weniger Sorgen. Heute "sank die Zahl der Bauernhöfe zwischen drei bis fünf Hektar um 24 %, die Zahl der Höfe zwischen fünf bis sieben Hektar um 16 %, dagegen wuchs die Zahl der Höfe zwischen sieben bis zehn Hektar um 53 %, der Höfe über zehn Hektar um 114 %.

Von den früheren 683 Kolchosen blieben jetzt noch ganze 30.

4) Ausgleichsteuer

Am 9. Oktober beschloss der Ministerrat, dass alle Einkommensüberschüsse, die höher als 8.000 Zloty liegen, durch eine Ausgleichsteuer belastet werden, die eine progressive Skala besitzt. Der Beschluss richtet sich gegen manche Unternehmen des Privatsektors, deren Einkünfte manchmal sehr hoch liegen. Er kann in manchen Fällen gemildert werden z.B. bei Kulturschaffenden, die kein festes Einkommen besitzen und auch bei Personen, die sich eine eigene Wohnung bauen wollen oder bestimmte Investitionen vornehmen.

III. Kulturelle und Soziale Probleme

1) Grenzen der Freiheit für Wissenschaft und Kultur

Die parteiantliche "Trybuna Ludu" befasst sich am 17. Oktober mit den Problemen der Kulturpolitik der Partei. Das Blatt gibt zu, dass die Intellektuellen in Polen jetzt befürchten, dass die Grenzen der Freiheit des geistigen Schaffens eingeschränkt werden. Die Partei muss also klar umreißen, welche Freiheiten auch in Zukunft garantiert werden.

"Der Kampf, den man allen antisozialistischen und antimarxistischen Tendenzen angesagt hat, bedeutet keineswegs, dass die Freiheit der wissenschaftlichen Forschung und wissenschaftlichen Diskussion gefährdet ist. Dasselbe gilt für das Gebiet der Kunst."

Die grösste Errungenschaft des Polnischen Oktobers lag nach Ansicht des Blattes auf dem Gebiet der Kulturpolitik, als man die falsche Vorstellung von der leitenden Rolle der Partei auf dem Gebiet der Wissenschaft über Bord geworfen hat.

"Die Partei stellte deutlich fest, dass sie in die wissenschaftliche Forschung oder künstlerische Diskussion nicht eingreifen will, sie überlässt sie den Wissenschaftlern und Künstlern."

Es könne auch weiterhin keine Rede davon sein, dass die Partei Wissenschaft und Kunst kommandieren werde.

"Die Partei bestätigte nach dem Oktober, dass sie auf dem Gebiet des geistigen Schaffens verschiedene Richtungen zulässt, und zwar unter der Bedingung, dass sie nicht im Widerspruch zu Wissenschaft und Sozialismus stehen."

Das bedeute wiederum nicht, dass jegliche Einmischung in die Gebiete der Kunst und Wissenschaft eine Verletzung des freien geistigen Schaffens sei. Die Partei müsse eine Kulturpolitik treiben, sonst werde automatisch eine Situation eintreten, in der die Reaktion eine Kulturpolitik zu treiben beginnt.

Zur Kulturpolitik der Partei gehöre z.B. die Auswahl zur Hochschule, die ideologische und politische Erziehung der Jugend, die Auswahl der jungen wissenschaftlichen Kader, die Stipendienpolitik, der Austausch mit dem Ausland, die Schaffung wissenschaftlicher Arbeitsstellen, der Einfluss auf die Richtung und Thematik ihrer wissenschaftlichen Forschungen usw.

Das alles bedeute aber nicht eine Beschränkung der wissenschaftlichen Forschungsarbeit.

Das Blatt schliesst seine Ausführungen:

"Die Partei hat nie die Losung der integralen Demokratie hervorgebracht und versprach auch nie integrale Freiheit. Im Gegenteil, nach wie vor stellen wir fest, dass wir eine politische Tätigkeit, die gegen unser System gerichtet ist, nicht zulassen werden.

Für solche Tätigkeit wurde gerade 'Po Prostu' verboten. Kein vernünftiger Mensch wird behaupten wollen, dass das Tätigkeitsgebiet von "Po Prostu" wissenschaftlicher oder künstlerischer Natur war."

In diesen Ausführungen des Blattes bleibt vieles unklar. Wie ist z.B. die Formulierung zu verstehen. Die Zulassung der verschiedenen Richtungen des geistigen Schaffens, soweit sie nicht antiwissenschaftlich oder antisozialistisch ist? Solche Formulierung würde z.B. erlauben, einen katholischen Dichter oder Schriftsteller die Publikation zu verbieten, auch wenn sein Schaffen das Gebiet der Politik überhaupt nicht berührt. Sollte diese Formulierung nicht einfach als ungeschickt und unpräzise gesehen werden, so würde sie praktisch eine Handhabung gegen jeden unbequemen Wissenschaftler und Künstler geben.

2) Wie die Fluktuation der Reallöhne in Polen verlief

In seinem Referat auf dem X. Plenum des ZK gab COMULKA eine interessante Zusammenstellung bekannt, aus der hervorgeht, was sich ein Durchschnittsverdiener in Polen in den verschiedenen Jahren für seinen Monatsverdienst kaufen konnte. Aus dieser Zusammenstellung suchten wir einige wichtigere Artikel heraus. Die Tabelle gibt einen besseren Einblick über die wirkliche Höhe der Reallöhne, als alle anderen Zahlen.

Artikel	1949		1953		1955		1. Halbjahr 1957	
	Preis f. 1 kg in Zl.	Menge in kg	Preis f. 1 kg in Zl.	Menge in kg	Preis f. 1 kg in Zl.	Menge in kg	Preis f. 1 kg in Zl.	Menge in kg
Weizenbrot	2,4	195	5,90	164	5	214	5	259
Speck	10,50	44	35	27	34,30	31	27 ^{+))}	50
Butter	19,30	24	55	17,6	55	19,4	70 ^{+))}	19,2
Rinderkeule	7,50	62	26	37	26	41	26	51
Wurst	9,30	47	27	36	26	41	26	51
Milch i. Lt.	1,37	340	2,50	387	2,42	441	2,50	537
Zucker	5,25	88	14,75	65	12	89	12	112
Kartoffeln	0,33	112	1,06	913	1,22	876	1,22	1102

+) Preise vom Oktober 1957

Artikel	Maß- inh.	1949		1953		1955		1957 1. Halbjahr	
		Stück- Preis	Menge	Stück Preis	Menge	Stück- Preis	Menge	Stück- Preis	Menge
Anzug Kammgarnwoll- stoff 100 % m		185,70	2,5	617	1,6	617	1,7	617	2,2
normale Herren. - Paar halbschuhe		210	2,2	304,5	3,2	208,71	3,8	274	4,9
Herrenober- hemd (Baum- wolle)	Stück	28,4	16,4	61,2	15,8	46,6	22,4	46	29,2
Herren- anzug 60% Wolle	Stück	454	1,03	918	1,05	737	1,44	730	1,84
Herren- Touren- Fahrrad	Stück	474	0,98	957,6	1,01	864	1,24	864	1,5

B. Polen und Ausland

1) GOMULKA-Regime und Deutschland

a) Abkühlung gegenüber der Bundesrepublik

Man kann ohne Übertreibung feststellen, dass die Bundesrepublik in den ersten Monaten nach GOMULKAs Machtantritt in Polen bei weitem eine "bessere Presse" hatte als der ULBRICHT-Staat. Einerseits war das die Konsequenz der sehr unfreundlichen Kampagne der DDR gegen den polnischen Oktober und alles, was er brachte, andererseits merkte man, dass in dem Augenblick, da die Öffentlichkeit zu Wort kam und der Presse der Knebel genommen wurde, man sich in Warschau nur für Realitäten und nicht für Fiktionen interessierte. In diesem konkreten Falle glich das der Erkenntnis, dass, wenn man bestrebt ist, die Verhältnisse zwischen beiden Völkern zu normalisieren, man mit denen darüber verhandeln muss, die ihn wirklich vertreten.

In den folgenden Monaten veränderte sich die Lage. Entgegen der Erwartung Warschaus zeigte sich Bonn nicht bereit, eine schnelle Normalisierung der Beziehungen herbeizuführen. Unter dem Druck Moskaus zeigte sich auch ULBRICHT GOMULKA gegenüber viel versöhnlicher. Der Pressekrieg gegen den polnischen Parteichef und gegen alles, was er vertrat, wurde begraben. Pankow beeilte sich, den wirtschaftlich schwer bedrängten Polen grosse Investitionskredite einzuräumen. Die persönliche Zusammenkunft ULBRICHTs und GOMULKAs konnte zwar die gegenseitige Abneigung dieser beiden nicht mildern, aber persönliche Sympathien zwischen Politikern spielen in der Politik selten eine ausschlaggebende Rolle.

In der Bundesrepublik brachte die Wahlkampagne viele Verschärfungsmomente mit sich, die in Warschau mit Ärger registriert wurden. Der Bruch Bonns mit Belgrad hat schliesslich eine Situation zustande gebracht, in der sich Polen ausserstande fühlt, Gespräche über die Aufnahme offizieller Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Warschau zu führen, um nicht den Eindruck zu erwecken, dass man den Jugoslawen, die vor kurzem noch Polen einen großen Dienst erwiesen haben, indem sie sich offiziell für die Oder-Weisse-Grenze erklärten, in den Rücken falle.

Noch kurz vor dem Bonner Bruch mit TITO schrieb das amtliche Parteiblatt "Trybuna Ludu" am 16. Oktober:

"Aufgrund der diplomatischen Praxis und der Erfahrungen ist bekannt, dass die Unterhaltung diplomatischer Beziehungen keineswegs bedeuten muss, dass die Meinungsunterschiede zwischen den interessierten Staaten nivelliert worden sind. Wenn also das Vorhandensein solcher Probleme

als ein Argument gegen eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der DDR und Polen angeführt wird, so sind das offensichtlich nur Ausflüchte."

Aus diesen Sätzen konnte man unschwer herauslesen, dass Warschau nach wie vor bereit wäre, jederzeit normale Beziehungen zu Bonn aufzunehmen, ohne dabei zu erwarten, dass die Bundesrepublik auf irgend etwas verzichte.

Drei Tage später, am 19. Oktober, schrieb dieselbe "Trybun Ludu" zum Abbruch der Beziehungen zu Belgrad:

"Wir teilen die Entrüstung unserer jugoslawischen Freunde. hnlich wie sie betrachten auch wir den Beschluss der westdeutschen Regierung als ein Anzeichen der Politik der Stärke, als einen Wunsch, souveränen Staaten einen ihnen fremden politischen Kurs aufzudrängen.

Jugoslawien ist ein souveräner Staat und die DDR ist auch ein solcher Staat. Wir können nicht verstehen, warum die Gestaltung der Beziehungen zwischen diesen beiden souveränen Staaten davon abhängig gemacht werden soll, wie die Regierung der Deutschen Bundesrepublik darüber denkt."

Mehrere Tage später widmete GOMULKA dieser Frage einen längeren Abschnitt in seinem Referat vor dem X. Plenum. Bei ihm lässt sich schon ganz deutlich heraushören, dass Polen unter gegebenen Umständen nicht bereit wäre, über eine Normalisierung zu verhandeln, weil das ein unfreundlicher Akt TITO- gegenüber wäre, mit dem er sich jetzt gerade sehr eng verbunden fühlt.

GOMULKA stelle u.a. folgendes fest:

"Von besonderer Bedeutung ist für uns, doch nicht nur für uns allein, das Wirken der Kräfte in der Bundesrepublik, die gegen eine Entspannung in der internationalen Situation sind.

Die kapitalistischen Kreise der Bundesrepublik haben sich bereits die stärkste Position in der Wirtschaft der Kontinentalstaaten Westeuropas erobert. Nunmehr sind sie darauf aus, eine moderne Militärmacht aufzustellen und diese den bereits errungenen ökonomischen und politischen Positionen anzupassen. Sie befürchten infolgedessen, dass jeder Schritt auf dem Wege zur Entspannung sie daran hindern könnte, Ungern sehen sie vor allem die Pläne für eine Einschränkung der Atomrüstungen, da sie selbst an eine Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomaffen denken, was sie in die Lage versetzen würde, einen raschen Sprung in einen Zustand zu machen, in dem sie sich beispielsweise mit Großbritannien gleichsetzen könnten. Aus diesem Grunde der besonders heftige Widerstand der west-

deutschen Politik gegen die Abrüstungspläne.

Wenn ich von der besonderen Rolle der ostdeutschen Politik beim Vereiteln von Fortschritten in der Koexistenz spreche, dann soll das nicht bedeuten, dass wir in der Bundesrepublik nicht die Kräfte sehen würden, die gegen diese abenteuerlichen Vorhaben sind. Wir wissen, dass es nicht wenig westdeutsche Politiker gibt, die kritisch auf die Sackgasse schauen, in die sich die Bundesregierung mit ihrer Ostblockpolitik hineinmanövriert hat. Jedoch der in der offiziellen Politik stets vorherrschende Ton kann bei uns unmöglich kein Mißtrauen erwecken.

Dieses Mißtrauen muß der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Jugoslawien durch die Bundesrepublik als Antwort auf die offizielle Anerkennung der DDR durch Jugoslawien noch verstärken. Die Tatsache des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen zu Jugoslawien kann nicht anders gewertet werden, als ein Schritt nicht nur gegen Jugoslawien, sondern auch gegen eine Entspannung in der internationalen Situation.

In der Bundesrepublik werden des öfteren Stimmen laut, die von der Notwendigkeit einer Normalisierung der Beziehungen zwischen Polen und Westdeutschland sprechen, was sich mit der schon längst geäußerten Meinung der polnischen Regierung deckt. Es erhebt sich nunmehr die Frage, wie sind diese Stimmen mit dem Abbruch der Beziehungen zu Jugoslawien zu vereinbaren? Polen hat die DDR seit dem ersten Augenblick ihrer Gründung anerkannt, und unterhält mit ihr die besten Beziehungen zum Nutzen beider Staaten. Unter dem Begriff Normalisierung der Beziehungen zum zweiten deutschen Staat - zur Deutschen Bundesrepublik - versteht Polen eine solche Normalisierung, die zur Festigung des Friedens in Europa und der Sicherheit unseres Landes beiträge. Die Ostpolitik der DDR zielt, wie der Fakt des Abbruchs der Beziehungen zu Jugoslawien beweist, in die entgegengesetzte Richtung. Unter diesen Umständen müssen wir den Tatsachen und nicht den Worten entscheidende Bedeutung beimessen."

b) ... und Verbesserung mit Pankow

Mit der Verschlechterung der Beziehungen zwischen Bonn und Warschau vollzog sich eine immer deutlichere Verbesserung auf der Linie Warschau-Pankow. Neben den Gesprächen über die Erteilung der Kredite für Polen hat man eine Reihe von Abkommen und Vereinbarungen getroffen, die auf eine immer engerwerdende Zusammenarbeit deuten lassen. Zuletzt, in den ersten Oktobertagen, unterschrieb man in Warschau ein Abkommen, über die Zusammen-

arbeit auf dem Gebiet der Presse.

Betont herzlich begrüßte in diesem Jahre Warschau den "Nationalfeiertag" der DDR. "Unser deutscher Verbündeter" - so lauteten die Titel, unter denen man sehr warme Worte an die Adresse des ULBRICHT-Regimes richtete.

Man brachte dabei noch einmal hervor, welche Bedeutung die Anerkennung der Oder-Neisse-Grenze durch die DDR hat und beeilte sich zu betonen, dass die Verbundenheit beider Staaten nicht nur diese Tatsache zur Basis hat.

"Polen und die DDR bauen an demselben sozialen System. Die bestehenden Differenzen bei der Behandlung einiger konkreter Fragen des sozialistischen Aufbaus dürfen nicht die Tatsache verdecken, dass zwischen beiden Staaten eine unerschütterliche Solidarität herrscht, die Ausdruck der sozialistischen Gemeinschaft ist." ("Trybuna Ludu" am 7. 10.)

Auch ein anderes Warschauer Blatt "Zycie Warszawy", wies auf diese "unerschütterliche Solidarität" hin:

"Die allgemeine Gemeinschaft der Interessen und Ziele der beiden Staaten hat eine viel grössere Bedeutung, als diese oder jene Differenzen der Ansichten über die Methoden und Formen des sozialistischen Aufbaus."

Hier sieht man deutlich die Bemühungen, alles Trennende zu bagatellisieren. Die kühle Zurückhaltung der vergangenen Monate soll einer betonten Herzlichkeit Platz machen.

Ein enger Mitarbeiter und Vertrauter GOMULKAs, der Gewerkschaftsleiter Loga SOWINSKI, sprach in Leipzig auf der Tagung des Weltgewerkschaftsbundes und sagte, dass Polen "die freundschaftlichsten und herzlichsten Beziehungen zur DDR unterhalte". Die Anerkennung der DDR durch Jugoslawien wurde in Warschau auch mit äusserster Wärme registriert.

2) Enge wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der CSR

Die Beziehungen zur CSR waren nach dem Machtantritt GOMULKAs vor einem Jahr ebenso schlecht wie die mit Pankow. Auch hier lässt sich eine deutliche Verbesserung vermerken, besonders auf wirtschaftlichem Gebiet. Im Mai 1957 wurde ein polnisch-tschechoslowakisches Komitee für wirtschaftliche Zusammenarbeit gebildet, das die bisherige mangelnde Kooperation zwischen den Ministerien für Aussenhandel in beiden Ländern verbessern soll. Dieses Komitee tagte Mitte Oktober in Warschau. Man unterzeichnete eine Vereinbarung über weitere Kredithilfen der CSR an Polen, diesmal für den Bau neuer Steinkohlegruben. Dieser Kredit soll durch die Lieferungen der

zu bauenden Gruben getilgt werden. Vor ein paar Monaten hat man ein Abkommen über die tschechische Finanzierung der Erschliessung polnischer Schwefelvorkommen unterzeichnet.

Ausserdem hat man sich geeinigt, dass der Warentransit nach der CSR durch das polnische Gebiet sehr stark vergrössert werden soll. Bekanntlich sank der Umfang des tschechischen Transits durch Polen beträchtlich in den letzten Jahren. Die CSR verzichtete u.a. auf die freie Hafenzone in Stettin. Wie es scheint, will man jetzt aus den Fehlern der Vergangenheit lernen und den Tschechen eine Möglichkeit des bequemen und reibungslosen Transits durch Polen versichern.